

Editorial

Es ist ein wichtiges Thema, das durch die COVID-19-Pandemie nur noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat: Die Digitalisierung des Schul- und Hochschulunterrichts und die digitale Bildung allgemein. Deren aktuelle Situation, ihre Chancen, Risiken und Rahmenbedingungen bilden den Schwerpunkt dieser Ausgabe der *FfF-Kommunikation*.

Britta Schinzel leitet den Schwerpunkt mit einem Editorial ein. Sie betont:

„Während Unmengen von Geld in die digitalen Mittel gesteckt werden, und Lehrerfortbildungen zu einem Großteil nur noch Produktschulungen sind, meist an Microsoft, müssen aus Lehrermangel viele Unterrichtsstunden ausfallen, sind Schulgebäude marode wie in Freiburg, Dächer undicht, Toiletten unbrauchbar usw. Daher ist an dieser Stelle auch ein Appell für eine vernünftige Balance von Investitionen zwischen Digitalisierung und Facility Management angebracht.“

Anschließend geht sie auf die einzelnen Beiträge ein. Es geht dabei um den konkreten Schulalltag, um Plattformen für den digitalisierten Unterricht, um Datenschutzverstöße durch die in der Praxis eingesetzten Werkzeuge internationaler Konzerne, deren Geschäftsmodell es ist, die Daten ihrer NutzerInnen abzusaugen, und in der Konsequenz um die Frage, wem wir die Datenverarbeitung für unsere SchülerInnen – unsere Kinder und unsere Zukunft – anvertrauen wollen:

„In der Situation der COVID-19-Pandemie war es nötig, auf vorhandene IT-Lösungen für die Distanzlehre zurückzugreifen, was externe Anbieter begünstigte. Für die Zukunftsplanungen zur Digitalisierung der Lehre in den Landesministerien trifft dies jedoch nicht mehr zu. Umso erstaunlicher ist es, dass Unmengen von Geld für die Herstellung und den Betrieb von Bildungsplattformen mit denselben externen Anbietern verplant werden, dabei auch noch die Einsprüche der Landesdatenschutzbeauftragten missachtend, ganz zu schweigen von den vielen Hinweisen auf mögliche Verletzungen des Datenschutz- und Kartellrechts aus Kreisen der Erziehung, aus bürgerrechtlichen Vereinigungen und Technik-NGOs.“

Ganz offensichtlich brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unserer Schul- und Hochschulbildung und ihre Digitalisierung.

Tina Uthoff plädiert in einem weiteren Beitrag für einen Paradigmenwechsel:

„Kinder von heute werden die Gesellschaft von morgen sein. Und die heutige Gesellschaft besteht aus Menschen die allesamt in der Schule waren. Schule besitzt auch eine politische Dimension. Wir entmündigen Menschen 18 Jahre lang und wundern uns über Innovationsarmut und mangelnde Eigenverantwortung? Wir diskriminieren junge Menschen und wundern uns dann über Sexismus, Rassenhass und Antisemitismus? Wir bringen Menschen

bei, sich Autoritäten zu unterwerfen und wundern uns dann über Erscheinungen wie Donald Trump oder die AfD? Wir bestrafen Abschreiben und etablieren Wettbewerbssituationen und wundern uns dann über die Unfähigkeit, einer Leistungsgesellschaft den Rücken zu kehren, die die Ressourcen plündert und das Gefälle zwischen Arm und Reich größer macht?“

Im abschließenden Beitrag des Schwerpunkts berichten Cindy Müller, Werner Winzerling und Hans-Martin Pohl über ein Projekt zur Erhöhung der Digitalisierungskompetenzen in der Hochschulbildung. Die Hochschule Fulda bietet dafür ein fachbereichs-übergreifendes Modul *Digitalisierung* als technische Einführung für nichttechnische Fachbereiche an.



Verleihung der BigBrotherAwards 2020
Foto Matthias Hornung, CC BY-SA 4.0

Die Digitalisierungsstrategie des Landes Baden-Württemberg und seiner Bildungsministerin wurde auch bei den *BigBrotherAwards* scharf kritisiert und mit einem der diesjährigen Negativpreise ausgezeichnet. Darüber und über die weitere Preisverleihung berichten wir in einem zweiten Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Dazu kommen weitere Beiträge in der Rubrik *Forum*. Arno Rolf stellt anhand der Buchveröffentlichungen *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft* von Armin Nassehi und *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus* von Shoshana Zuboff die Frage nach der Deutungshoheit in der digitalisierten Gesellschaft. Markus Reinisch setzt sich mit der Reflexionslosigkeit im Digitalen auseinander, mit digitalen Regimen, denen auch die Subjektivierungsweisen unterliegen und die aus Sicht des Autors eine Kultur der kritischen Distanznahme verhindern und Räume des Nachdenkens, Prüfens und mündigen Urteilens unmöglich machen.

Künstliche Intelligenz in der Science-Fiction behandelt der Beitrag von Isabella Hermann. Diese wird häufig als Bedrohung dargestellt und bildet den Hintergrund für eine Handlung, bei der die Technologie nicht unbedingt im Mittelpunkt steht:

Daher müssen wir KI und Technik im SF-Film als das sehen, was sie sind: Mittel um interessante, konfliktgeladene Geschichten für Menschen zu erzählen. In der aktuellen Technologieentwicklung brauchen wir allerdings ein positives Narrativ, um die Chancen durch KI zu nutzen, sowie Maßnahmen, um Gerechtigkeit und

Chancengleichheit zu erhöhen. Das bedeutet vielfältigere ProgrammiererInnen-Teams und Sinn für den sozialen Kontext der Daten, eine informierte und aufmerksame Gesellschaft und vor allem eine mutige Politik und smarte Regulierung, um sicherzustellen, dass demokratische Werte in der Zukunft gestärkt werden.

Die Dokumentation unseres offenen Briefs zur Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen, unsere Sachverständigenauskunft zu digitalen Familienleistungen und eine Stellungnahme zur Initiative des EU-Ministerrats zur Aushöhlung verschlüsselter Kommunikation runden die Ausgabe ab. Eine neue Rubrik *Dokumentation* – unsere Reminiszenz an bessere Zeiten der *Frankfurter Rundschau* – behandelt die Datenschutz-Folgenabschätzung für die Corona-Warn-App.

Die *Gesellschaft für Informatik* verleiht die Klaus-Tschira-Medaille für Verdienste um die Informatik an Persönlichkeiten, die durch ihre Arbeiten in Anwendungsgebieten unterschiedlicher Art Anregungen zur Weiterentwicklung der Informatik und ihrer Methoden gegeben haben. Wir freuen uns sehr und gratulieren der Gründungsvorsitzenden des FIF, *Professorin Dr. Christiane Floyd*, zur Verleihung der Medaille 2020.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel
für die Redaktion



Der Brief

„Hauptsache, et is einer wech“

Liebe Freundinnen und Freunde des FIF, liebe Mitglieder,

„Hauptsache, et is einer wech“ – das soll Konrad Adenauer gesagt haben, als sein ungeliebter Nachfolger als Bundeskanzler, Ludwig Erhard, sein Amt nach nur drei Jahren aufgeben musste.

„Hauptsache, et is einer wech“ – so kann man wohl treffend das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA zusammenfassen. Obwohl sich der Amtsinhaber geradezu verzweifelt an sein Amt klammert und dazu das Wahlergebnis mit legitimen und illegitimen Mitteln angreift, steht das bestehende Amtswort wohl nicht mehr in Frage. Letztlich ist es selbstverständlich das Recht haben, die Gesetze juristisch überprüfen, ohne substantielle Belege dafür zu liefern, dass ein Wahlbetrug vorliegt und damit offensiv das Ergebnis und damit die Wahlen und Demokratie selbst in Zweifel zieht. Manche Beobachter sprachen bereits vom Versuch eines *Coup d'État*. Letztlich erweist sich die amerikanische Demokratie als resilient genug, solche Angriffe abzuwehren; auch der *Supreme Court*, in dem eine Mehrheit von RichterInnen durch die Republikaner nominiert sind und in den Trump offenbar seine Hoffnungen gesetzt hatte, bleibt in seiner Rechtsprechung konsequent – freilich hätte er sonst auch jegliches Vertrauen verspielt. Es sieht danach aus, dass Donald Trump von seiner Persönlichkeit her unfähig ist, eine Niederlage einzugestehen. Das Schauspiel, das sich der ganzen Welt gerade bietet, ist unwürdig.

Die Person des designierten Präsidenten Joe Biden – gemeinsam mit seiner designierten Vizepräsidentin Kamala Harris – tritt dabei fast in den Hintergrund. Nach vier bedrückenden Jahren werden große Hoffnungen mit seiner Präsidentschaft verbunden. Inwieweit er sie erfüllen kann, werden wir sehen. Gerade tritt der frühere Präsident Barack Obama wieder verstärkt in die Öffentlichkeit. Seine Präsidentschaft begann 2009 mit großen Hoffnungen und großer Begeisterung. Wenig war am Ende davon übrig geblieben – vielleicht auch das ein Grund für den überraschenden Erfolg von Donald Trump. Obama war nicht in der Lage, das Folterlager in Guantánamo wie angekündigt zu schlie-

ßen. In seine Regierungszeit fielen die Enthüllungen von Edward Snowden – und er hat nichts Erkennbares getan, gegen diese Überwachungspraxis vorzugehen. Er hat die Praxis der Drohnenmorde weiter verstärkt.



erschienen in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fif.de

Viel war bei der Wahl 2020 von dem angeblich antiquierten Wahlsystem in den USA die Rede. Das System des *Electoral College* – die Gewichtung von Stimmen aus verschiedenen Staaten – in der Praxis sind dies häufig die kleineren Staaten, in denen die Republikanische Partei es möglich, dass vor vier Jahren Hillary Clinton trotz Vorsprung bei der Gesamtheit der Stimmen die Wahl nicht gewinnen konnte. Doch wir dürfen nicht vergessen: Auch in Europa gelten vergleichbare Regelungen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament entsenden *kleine* Staaten wie Malta und Luxemburg relativ mehr Abgeordnete als *große* Staaten wie Frankreich und Deutschland. Das ist auch sinnvoll, um die Vertretung kleiner Staaten zu gewährleisten. Auch im Bundesrat sind die EinwohnerInnen kleinerer Bundesländer überrepräsentiert.

Ein weiterer Umstand trägt zur vermeintlichen Delegitimierung von Wahlen bei: Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament nominierten die Parteien „SpitzenkandidatInnen“ für das Amt der Kommissionspräsidentin. Nach der Wahl wurde dem erstaunten Wahlvolk mit Ursula von der Leyen jedoch eine ganz andere Kandidatin präsentiert. Auch das war formaljuristisch zwar korrekt; wir sollten aber nach einer solchen Kehrtwende nicht denken, wir könnten den USA etwas über Demokratie erzählen.

Auch in Deutschland wird gerade über das Wahlrecht debattiert. Das deutsche Wahlrecht bringt es bekanntlich mit sich, dass bei einer überproportionalen Anzahl gewonnener Wahlkreise Überhangmandate entstehen. Da dies – erstmals besonders deut-